

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

7.2.1930 (No. 33)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 964
Wohlfahrtsweg
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatshandlungs-
teil
Chefredakteur
G. Kneub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Rpf., Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und bewirkt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Abmahnung, Abmahnung und Fortschreibung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Londoner Konferenz Ein amerikanischer Vorschlag

Der Führer der amerikanischen Delegation in London, Staatssekretär Stimson, gab am Donnerstag eine Erklärung aus, in der es u. a. heißt:

Wir haben den Engländern eine sofortige Parität zwischen der englischen und der amerikanischen Flotte in allen Kategorien vorgeschlagen, die durch eine Verminderung der Zahl der Großkampfschiffe bereits im Jahre 1931 statt 1942 erreicht werden kann. Hinsichtlich der Kreuzer schlagen wir vor, daß England 15 Kreuzer von 10 000 Tonnen mit sechs Zolligen Geschützen haben soll und die Vereinigten Staaten 18 Kreuzer der gleichen Kategorie. Dafür billigen wir England in der Kategorie der kleineren Kreuzer ein Übergewicht von 42 000 Tonnen zu. Wir schlagen ferner völlige Parität zwischen England und den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Flugzeugmutterchiffe, der Zerstörer und der Unterseeboote vor, und zwar auf einer möglichst niedrigen Tonnagebasis.

Wir würden ohne weiteres einer Abschaffung der Unterseeboote zustimmen, falls in diesem Punkte eine Vereinbarung unter den fünf Seemächten erreicht werden kann, aber jedenfalls stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Unterseeboote gegenüber den Handelsschiffen denselben Bestimmungen des internationalen Rechts unterworfen werden sollen, wie die U-Boote.

Englische Zustimmung

W.D. London, 7. Febr. (Tel.) „Daily Telegraph“ erfährt, das gestern abend veröffentlichte „Rühme Angebot“ der amerikanischen Delegation sei auf direkte Veranlassung des Präsidenten Hoover erfolgt. Dies sei bei weitem die wichtigste Entwicklung dieser Flottenkonferenz. — Dem Mitarbeiter zufolge wären nach dem amerikanischen Plan fünf britische und drei amerikanische Schlachtschiffe sofort abzurufen. In der noch wichtigeren Frage der Kreuzertonnage scheine aber ein vernünftiger Kompromiß erreicht worden zu sein. Der Korrespondent fügt hinzu: Natürlich könne England sich nicht auf Festsetzung irgendeiner Tonnage einlassen, wenn andere Mächte beispielsweise ihre U-Boottenflotte aufrecht erhalten. Mit diesem wichtigen Vorbehalt könne Stimsons Vorschlag von ganzem Herzen begrüßt werden.

Die Mächte begrüßen den entschiedenen Fortschritt, den die Flottenkonferenz am Donnerstag gemacht habe. Die amerikanischen Vorschläge werden allgemein für bis zum Ende gehalten mit dem Bemerkten, daß sie der britischen Auffassung in allen wesentlichen Punkten gerecht zu werden schienen. Die „Times“ sagt: Es wird immer offener, daß ein Plan aufgestellt wird, der es Großbritannien, Japan und Amerika erlauben wird, eine nicht übertragbare Tonnage für jede Schiffskategorie festzusetzen, während Frankreich und Italien, falls sie es wünschen, die Möglichkeit erhalten, einen gewissen Betrag an Tonnage zwischen den Klassen der leichten Kreuzer und der Zerstörer auszutauschen.

Die Aufnahme bei Frankreich

W.D. Paris, 7. Febr. (Tel.) Der Londoner Korrespondent des „Matin“ berichtet über die Aufnahme der Erklärung Stimsons in französischen Kreisen. Tardieu habe gestern mit MacDonald die Äußerungen Stimsons besprochen. Frankreich, dessen Zustimmung zu der amerikanischen Anregung nach den Erklärungen selbst unzulänglich sei, würde in dem Fall, daß unannehmbare Vorschläge unterbreitet würden, das Recht haben, sich seiner Handlungsfreiheit wieder zu bedienen und das für seine nationalen Bedürfnisse notwendige Flottenbauprogramm weiter durchzuführen. Überdies werde Stimson wahrscheinlich keine endgültige Erklärung abgeben, bevor eine Verständigung der fünf Mächte getroffen sei oder bevor er wenigstens seine Besprechungen mit Tardieu wieder aufgenommen habe.

Ablehnende Haltung Japans

W.D. Tokio, 7. Febr. (Tel.) Die japanischen amtlichen Kreise befehligen sich einer gewissen Zurückhaltung in ihren Erörterungen über die Erklärung Stimsons, in der der Plan der Gleichstellung mit Großbritannien in großen Zügen bekanntgegeben wird. Was den Vorschlag anbelangt, die Vereinigten Staaten und Japan 6 bzw. 3 und 1 Panzerschiff abschaffen sollen, so betonen die maritimen Kreise, daß er, obwohl er auf dem Papier Japan zu begünstigen scheine, das Gleichgewicht in der japanischen Flotte zerstoren würde. — Die Reuter von zuverlässiger Seite erfährt, glaubt man, daß die Vorschläge in der gegenwärtigen Form für Japan unannehmbar sind. Reuter glaubt außerdem zu wissen, daß einige in den amerikanischen Vorschlägen enthaltene Fragen die Befugnisse der japanischen Vertreter überschreiten und von der Gesamtheit der Regierung geprüft werden müssen.

Eine Ehrung des früheren

Vollstatters Houghton

W.D. New York, 7. Febr. (Tel.) Die „Steuben County Society“, die nach der Staatschaft Steuben im Staate New York benannt ist, veranstaltete aus Anlaß ihres 35jährigen Bestehens ein Essen, an dem der frühere Vollstatter in Berlin, Houghton, und seine Gattin als Ehren Gäste teilnahmen. Der deutsche Vollstatter, Dr. v. Britzow und Gaffron, hielt eine Ansprache, in der er der Verdienste Houghtons um das Zustandekommen des Dawesplans gedachte und Houghton als einen überzeugungstreuen Menschen und Diplomaten schilderte, der vom aufrichtigen Geiste der Zusammenarbeit befeelt sei.

Mittrauensantrag in Preußen. Im Preussischen Landtag haben die Deutschnationalen einen Mittrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten eingebracht, der damit begründet wird, daß entgegen dem Landtagsbeschluss, die Vertreter des preussischen Staatsministeriums im Reichsrat für das Abkommen mit Polen gestimmt haben.

Letzte Nachrichten

Die Deckung des Reichsdefizits

Parteilührerbekämpfung beim Reichskanzler

Fr. Berlin, 7. Febr. (Priv.-Tel.). In der Reichskanzlei treten heute vormittag wiederum die Parteiführer zusammen, um mit dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister gemeinsam über die zur Bilanzierung des Etats notwendigen Maßnahmen zu beraten. Es handelt sich um die Frage der Deckung des sich aus dem Etat ergebenden Defizits in Höhe von 700 Millionen Reichsmark. Diese Summe soll zu etwa 50 Proz. durch die Herabnahme der Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung aus dem Etat sowie die Erhöhung der Bier- und der Umsatzsteuer erfolgen, der andere Teil des Fehlbetrages soll durch Sparmaßnahmen aufgebracht werden.

Der Alkoholismus in Deutschland

Amerika nicht besser daran

W.D. Berlin, 7. Febr. (Tel.) Im volkswirtschaftlichen Ansdhuf des Reichstags erklärte der Direktor im Reichsgesundheitsamt, Dr. Frey, auf verschiedene vom Ansdhuf gestellte Fragen, daß der Alkoholismus nach einer starken Absenkung im Weltkrieg wieder in einer erheblichen Steigerung begriffen sei, doch sei der Vorkriegsstand noch nicht wieder erreicht. Die Sterblichkeit infolge Alkoholismus sei in Amerika keineswegs geringer als in Deutschland. Man könne annehmen, daß in Amerika zwar seltener, dann aber in um so größerem Umfang Alkohol genossen werde. Auch seien dort die alkoholischen Getränke wohl minderwertiger und konzentrierter.

Der Referent des Statistischen Reichsamts legte in längeren Ausführungen dar, daß, wie in Deutschland, auch in den außerdeutschen Ländern die Zahl der Arbeitslosen, wie Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung usw. im allgemeinen im gleichen Maße mit der Zunahme des Alkoholismus steige und mit dessen Abnahme sinke, und zwar im Jahresdurchschnitt wie an den einzelnen Wochentagen.

Ausfall der parlamentarischen Abende

beim Reichspräsidenten

W.D. Berlin, 7. Febr. (Tel.) Der Reichspräsident hat sich im Hinblick auf die unangenehme wirtschaftliche Lage entschlossen, die üblichen parlamentarischen Abende in diesem Jahre ausfallen zu lassen und den hierdurch ersparten Betrag der Hindenburg-Spende zur Linderung der Not unter den Kriegerverwundeten und Kriegsbeschädigten zu überweisen. Auch die Reichsregierung hat einen entsprechenden Beschluß gefaßt und den ersparten Betrag der Stadt Berlin für Speisung bedürftiger Schulkinder zur Verfügung gestellt. — Desgleichen hat der Reichspräsident unter Verzicht auf die parlamentarischen Abende die sich ergebenden Ersparnisse einer Wohlfahrtsanstalt zur Linderung der Notlage der langfristigen Arbeitslosen im Osten des Reiches überwiesen.

Ein neuer Beleidigungsprozess

des bayerischen Ministerpräsidenten

W.D. München, 7. Febr. (Tel.) Vor dem Amtsgericht München begann heute der Beleidigungsprozess des Ministerpräsidenten Dr. Heß gegen den Herausgeber der Zeitschrift „Das neue Volk“, Wilm Heller aus Würzburg. Die Beleidigung wird in drei Artikeln dieser Zeitschrift erblickt, in denen behauptet wurde, der Ministerpräsident habe sich 1928 der Erziehung einer autonomen Pfalz nicht länger widersetzen wollen. Da das Gericht die Vernehmung sämtlicher von Heller benannten Zeugen aus Frankreich abgelehnt hatte, ließ Heller durch seinen Anwalt zu Beginn der Hauptverhandlung erklären, daß er nun auf jede sachliche Verteidigung verzichte.

Der Angeklagte wurde wegen übler Nachrede zu drei Monaten Gefängnis, Tragung der Kosten und Veröffentlichung des Urteils in sechs Zeitungen verurteilt. Strafmitberücksichtigung billigte ihm das Gericht nicht zu. Bei der Schwere der Verfehlung sei eine Geldstrafe nicht am Platze.

Die kommunistische Propaganda

im französischen Heer

W.D. Paris, 7. Febr. (Tel.) Wie Savas aus Straßburg berichtet, hat der Untersuchungsrichter zwei der wegen angeblicher kommunistischer Propaganda im französischen Heer verhafteten Zivilpersonen verhört. Ebote gab zu, daß er seit 1928 Mitglied der kommunistischen Partei sei und für die Internationale Rote Hilfe Propaganda getrieben habe. Er leugnet jedoch jede antimilitaristische Propaganda. Bei seiner Gegenüberstellung mit dem in Straßburg verhafteten Denschel erklärten beide, einander nicht zu kennen.

Englisch-ägyptische Verhandlungen

W.D. Kairo, 6. Febr. (Tel.) Das Abgeordnetenhaus nahm heute mit allen gegen 4 Stimmen einen vom Premierminister eingebrachten Antrag an, durch den das Kabinett ermächtigt wird, auf der Grundlage des Vorschlages Hendersons Verhandlungen mit Großbritannien über einen englisch-ägyptischen Vertrag zu führen.

Wirtschaftliche Umschau

Handels- und Zahlungsbilanz — Für deutsche Produkte, Waren und Arbeit! — Billigerer Zins, Belebung des Kapitalmarktes

Erfreulicherweise zeigt die deutsche Außenhandelsbilanz für das vergangene Jahr 1929 einen Ausfuhrüberschuß von 47,6 Mill. Reichsmark und eine starke Ausfuhrsteigerung auf. Ergebnisse, die freilich nicht überschätzt werden dürfen. Bekanntlich war der deutsche Außenhandel zur Zeit der großen Blüte der deutschen Wirtschaft in der Vorkriegszeit passiv — wie übrigens der aller großen Industriestaaten Europas —, während nur die Agrar- und Rohstoffländer des Ostens, wie Rußland, Serbien usw., aktive Handelsbilanzen hatten. Trotzdem stieg der Wohlstand der Industriestaaten dauernd. Sie hatten eben eine sehr starke „unsichtbare Ausfuhr“, d. h. ihr Geld arbeitete im Ausland und in ausländischen Beteiligungen, und große Erträge aus Zinsen flossen dafür herein. Gewiß sind auch heute wieder nicht unbeträchtliche Summen deutschen Vermögens im Ausland angelegt (Kapitalflucht aus Steuergründen, Währungsangst), aber sie sind nicht zu vergleichen mit den Summen der Vorkriegszeit, und außerdem steht diesen Auslandsanlagen eine viel größere Verschuldung an das Ausland gegenüber, zu der noch die Reparationsverschuldung kommt. Vor dem Krieg waren wir Gläubigerland, heute sind wir Schuldnerland.

Die wenigen Millionen Ausfuhrüberschuß machen die deutsche Zahlungsbilanz noch lange nicht aktiv. Sie zeigen aber zweierlei: Einmal die Not der deutschen Volkswirtschaft, die aus Kapitalmangel (auch die Stöckung der Verjorgung mit Auslandskapital gehört dazu) eben die Einfuhr einschränken und die Ausfuhr auch bei niedrigeren Preisgestaltung, selbst zu Verlustpreisen, forcieren mußte, und zum anderen die Unmöglichkeit, auf die Dauer die uns auferlegte, wenn auch nach dem Youngplan ermäßigte, Reparationslast zu tragen. Das Jahr 1929 war somit ein Jahr allerhöchster Not, und da wir weiter Auslandskapital brauchen, müssen auch die nächsten Jahre schwer werden, sollen wir doch in der Hauptsache aus dem Ertrag unseres Exports nicht nur die Auslandsschulden verzinsen und amortisieren, sondern auch noch die steigenden Reparationen aufbringen. Kein Millionen-, sondern ein Milliardenüberschuß der Ausfuhr wäre hierzu notwendig. Wie dieser erreicht werden soll, ist ein Rätsel, denn kommt wieder stärkerer Kapitalzufluß aus dem Ausland, so wird auch die Einfuhr sich erfahrungsgemäß steigern. Das Auslandskapital wird eben zum Teil in Waren und Rohstoffen geliefert, und außerdem muß eine stärkere Beschäftigung unserer Industrie auch die Rohstoffzufuhr an und für sich automatisch vermehren, da wir darin eben in vielfacher Hinsicht auf das Ausland angewiesen sind. Schließlich schaffen auch größerer Verdienst und größerer Konsum im Inland stärkere Einfuhr. Immerhin zeigt ein Vergleich von 1929 mit den vergangenen Jahren eine wesentliche Besserung. Während der Ausfuhrüberschuß 1929 47,6 Mill. Reichsmark betrug, war 1928 die Einfuhr um 1200 Mill., 1927 (als Wirkung eines großen Kapitalzuflusses aus dem Ausland!) um 3954 Mill. Reichsmark größer als die Ausfuhr. Auch absolut ist die Gesamtausfuhr 1929 in ihrem Wert gestiegen (13 482,2 Mill. Reichsmark) und war um über eine Milliarde Reichsmark höher als 1928. Auf der anderen Seite ist die Gesamteinfuhr gegenüber 1928 um 209 Mill. Reichsmark zurückgegangen, sie hatte 1929 einen Wert von 13 434,6 Mill. Reichsmark.

Da nun auch die Handelsbilanzen von England und Frankreich vorliegen, die in beiden kapitalreichen Ländern stark passiv sind, seien hier ihre Gesamtergebnisse zum Vergleich angeführt: In England betrug der Wert der Einfuhr 1929 24,44 Milliarden Reichsmark, der der Ausfuhr 14,6 Milliarden. Unter Einrechnung des Rückports der eingeführten Waren ist die Höhe des Einfuhrüberschusses auf rund 7 Milliarden Reichsmark zu beziffern. Der Wert der Einfuhr stieg gegenüber dem Vorjahr um 520 Mill., der der Ausfuhr um 120 Mill. Die Ausfuhr an Baumwollwaren ging allein um 200 Mill. Reichsmark zurück, während die Rohlenausfuhr auf 1,2 Mill. Reichsmark stieg. Auf Fertigwaren und Halbfabrikate entfielen 2/3 der Einfuhrzunahme. In Frankreich hatte die Einfuhr 1929 einen Wert von 9,7 Milliarden Reichsmark (1928 8,9 Milliarden), die Ausfuhr einen solchen von 8,3

Mit der Beilage: 15. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Milliarden Reichsmark (1928 8,6 Milliarden). Die französische Handelsbilanz ist also mit 1,4 Milliarden Reichsmark passiv (im Vorjahr 350 Millionen). Besonders stark war in Frankreich 1929 die Fertigwareneinfuhr, die sich um 25 Proz. erhöhte, während die Steigerung der Einfuhr im Durchschnitt nur 9 Proz. betrug. Bei der Ausfuhr weisen Rohstoffe, Rohstoffe und Fertigfabrikate Rückgänge um 190 Millionen, 90 Millionen und 100 Millionen Reichsmark auf.

In diesen Tagen wird — die Roggenfrucht gab hierzu besonderen Anlaß — aufs neue der in Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschaft- und Finanzlage so berechtigten Ruf erhoben: Konsumiert deutsche Produkte und kauft deutsche Waren! Von der wesentlich besseren Entwicklung unserer Zahlungsbilanz hängt das Wohl jedes einzelnen Deutschen ab. Deutsche Waren sind wohl überall den Auslandswaren gleichwertig, und da Zollschutz schon aus handelspolitischen Gründen in den meisten Fällen diesem Ruf keinen gesetzlichen Nachdruck zu verleihen vermag, muß eben das deutsche Publikum in eigenen Interesse gerade hier selbst volkswirtschaftlich denken und handeln. Kürzlich wurde berichtet, daß im badischen Frankenland im Januar gute Speiseäpfel vermehrt werden mußten, weil sie infolge des starken Konsums von eingefuhrten Südfrüchten nicht absetzbar waren und zu verderben drohten. Stärkerer Abgang der deutschen Industrie und Landwirtschaft ist das wirksamste und beste Mittel, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, und jeder Deutsche hat die Pflicht, daran mitzuwirken, daß die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse noch viel mehr eingeschränkt wird.

Auch durch Konsum deutscher landwirtschaftlicher Produkte hilft man unserer Industrie, unserem Handel und Gewerbe, für welche die Stärkung der Kaufkraft der Landwirtschaft eine Lebensfrage ist. In Italien wurde im vergangenen Jahre eine „Getreideschlacht“ (Steigerung der italienischen Getreideproduktion) von der Regierung proklamiert. Auch in Deutschland muß die Notwendigkeit eines ähnlichen Kampfes für deutsche Lebensinteressen verstanden und Gemeint werden. Es ist Tatsache, daß der deutsche Roggenüberschuß der letzten Ernten verbilligt aus öffentlichen Mitteln dem Ausland zum Konsum und zur Viehfütterung zugeführt werden muß, und daß wir dafür Weizen aus dem Ausland einführen. Erfreulich ist es, daß nun auch Erwerbsstände wie Mühlen und Bäcker (nun geht auch die Karlsruher Bäckereiarbeit ähnlich wie die Münchener vor) von sich aus Maßnahmen ergreifen, um den Roggenkonsum zu fördern. Freiwillige Zusammen- und Mitarbeit von Publikum und Produktion, um den Absatz deutscher Erzeugnisse zu verbessern, ist gewislichem Zwang bei weitem vorzuziehen. Ein solcher wäre bei der Weizenfrage (Bermahlungszwang von 50 Prozent Inlandweizen, der sichtlich Erfolg für die deutsche Landwirtschaft gehabt hat, ohne daß sich Nachteile ergaben) nicht notwendig gewesen, wenn die Mühlen von sich aus in gleicher Richtung vorgegangen wären. Auf jeden Fall hat sich aber hier gezeigt, daß etwas zu erreichen ist, und es ist dringend zu wünschen, daß in bezug auf Roggen wie auf andere deutsche Erzeugnisse endlich Fortschritte gemacht werden.

Die neue Senkung des Diskontsatzes der Reichsbank um 1/2 Proz. auf 6 Proz. soll, wie zur Begründung mitgeteilt wurde, ein Versuch sein, der schwer unter der Depression leidenden deutschen Wirtschaft zu helfen. Eine Gefahr, daß Auslandsgelder abfließen, bestand schon nach den bisherigen Auslandszinsen nicht. Nach den neuen Diskontermäßigungen von New York und London liegt der deutsche Satz 2 Proz. über dem New-Yorker und 1 1/2 Proz. über dem Londoner Satz, gleich 3 Proz. aber über der Pariser Rate. Dem Beispiel der Reichsbank sind auch die übrigen Bankinstitute und Sparkassen gefolgt und haben die Zinsen herabgesetzt. Auch das Ausland, gerade Amerika, leidet unter der wirtschaftlichen Depression. Gelder suchen Anlage, und diese Situation drückt sich eben in der internationalen Belebung des Kapitalmarktes aus. Sie gibt der deutschen Wirtschaft wieder eine Chance, wenn auch die Reichsbank in der Begründung zur Diskontermäßigung die resignierte Feststellung machen mußte, daß in Deutschland in der nächsten Zeit mit einem größeren Geldbedarf nicht gerechnet zu werden braucht. Deshalb kann man nun auch wieder versuchen, langfristige Anleihen unterzubringen, und es liegen verschiedene Projekte der Privatwirtschaft vor.

Eine Sonderstellung, sowohl nach ihren Bedingungen wie bezügl. der wahrscheinlichen Folgen nimmt die große Anleihe ein, welche die dem Siemenskonzern angehörende Siemens & Halske AG. — formell auf 1000 Jahre — bei dem bekannten amerikanischen Bankhaus Dillon Read & Co. aufgenommen hat. Ihr Nennbetrag beträgt 14 Mill. Dollar, ihr wirklicher Erlös jedoch, da sie zu einem Kurs von 237 aufgelegt wird, 130 Mill. Reichsmark. Davon soll auch ein Teil in Deutschland untergebracht werden. Das Bemerkenswerteste daran ist aber, daß sie die General-Electric-Co., der bedeutendste Elektrokonzern Amerikas zur Zeit, zum größten Teil übernimmt, der bekanntlich auch an der AEG., dem Konkurrenzkonzern des Siemenskonzerns, beteiligt ist. Damals gab es zwischen den beiden Konzernen vielbeachtete Auseinandersetzungen über den Begriff der Überfremdung, da der Siemenskonzern, der allerdings weiter an seiner Auffassung festgehalten hat, sich gegen die Aktienübertragung wendete, welchen Weg die AEG. beschritten hatte, um Auslandskapital hereinzubekommen. Da für die Errichtung von Elektrizitätsanlagen, für die allenthalben in der Welt große Aussichten

bestehen, umfangreiche und langfristige Kredite notwendig sind, war das kapitalreiche Amerika der deutschen Industrie im Konkurrenzkampf bei weitem überlegen. Dieser Anleiheabschluß zeigt aber einmal, daß man die deutsche Industrie weiter trotzdem als sehr ernstes Konkurrenzunternehmen ansieht, und zweitens, daß eine Verständigung über den Elektroexport sowohl zwischen den beiden deutschen Großkonzernen wie auch zwischen ihnen und Amerika angestrebt wird.

Droht ein Berliner Verkehrsstreik?

Unter den Beamten der Berliner Verkehrsgesellschaft hat die Einlegung von Forderungen eine starke Beunruhigung hervorgerufen. Eine Abordnung der Beamten erschien am Donnerstag im Rathaus und trat den Führern der Stadtverordnetenfraktionen die Beschwerden des Personals vor. Vom technischen Personal wird darüber Klage geführt, daß die Arbeit in den Verkehrsmitteln infolge der Verminderung des Personals durch die Forderungen nicht mehr bewältigt werden könne. Es fand auch abends eine stark besuchte Versammlung des Personals statt; die Stimmung ist sehr erregt, und es wird bereits mit dem Ausbruch eines Verkehrsstreiks gedroht. Man wird abwarten müssen, ob es sich hier um eine spontane Bewegung der Beamtenschaft der BVG, oder um kommunistische Propaganda handelt.

Der kommunistische Ausverkauf

Die Berliner „Neue Jähne“ veröffentlicht eine Mitteilung des Sekretariats des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, in der zu den Meldungen, die kommunistische Partei „pläne“, ihre festliegenden Vermögenswerte zu verkaufen, mitgeteilt wird, daß die KPD, es heute selbstverständlich nicht mehr nötig habe, etwa festliegende Vermögenswerte der Partei, sei es in Druckereien oder Parteihäusern, flüssig zu machen, da derartige Werte bereits vor längerer Zeit abgekauft worden seien. Diese Maßnahmen seien — entsprechend den Parteistatuten — durch die höchste Körperschaft der KPD, den Wollinger Parteitag, in einer geschlossenen Sitzung am 15. Juni 1929 bestätigt worden. — Die „Neue Jähne“ veröffentlicht ferner eine Erklärung der „freigewerkschaftlichen Vertrauensleute der Friedrichshagen-Druckerei“, wonach eine Meldung des „Vorwärts“ über einen Streik bei der „Neuen Jähne“ un wahr sei.

Sowjetmilch befreit eine Konzession

Wie dem „Berl. Tagebl.“ mitgeteilt wird, haben die Sowjetbehörden an dem gleichen Tage, an dem sie die bereits genehmigte Auflösung des Vertrages mit der Moskauer Traktationsgesellschaft (Bernhard Altmann) verfügten, die Räumlichkeiten dieser Konzession durch Milch befreit und die Türen versiegelt lassen. Zugleich wurde mit der Aufnahme des Inventars begonnen. Die Konzession Bernhard Altmann äußert sich gegenüber einer Verlautbarung der Sowjetbehörden zu diesem Fall u. a.: Der Konzessionär hat seine Abgaben für die Jahre 1927 und 1928 mit allen Nebengebühren nachweisbar vollständig entrichtet. Seine Moskauer Verwaltung ist im Besitze der Quittungen. Die Errichtung der Spinnerei unterblieb, weil die russische Regierung in einem schriftlichen Vorschlag ein ganz anderes Projekt als das ursprünglich vertraglich vorgesehene zur Durchführung bringen wollte. Obwohl über diese Streitfrage nach dem Konzessionsvertrage ein Schiedsgericht zu befinden hat, hat sich die russische Regierung noch vor der Tagung dieses Schiedsgerichtes in den Besitz des Konzessionsunternehmens gesetzt.

Englands Beitritt zur Fakultativklausel. Die englische Regierung hat jetzt die Ratifikationsurkunde zur Fakultativklausel über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in Haag dem Völkerbundsekretariat zugestellt. Die Zahl der rechtsverbindlich der Fakultativklausel beigetretenen Staaten, darunter auch Deutschland, ist nun auf 22 angewachsen. Von weiteren 15 Staaten, die ebenfalls während der letzten Völkerbundversammlung die Fakultativklausel unterzeichnet haben, steht die Ratifikationsurkunde noch aus.

Die Stadtverwaltung von Chicago, die sich bekanntlich in Zahlungsschwierigkeiten befindet, entschloß sich zu einem Schritt, der auf Errichtung einer finanziellen Diktatur hinausläuft. Der Stadtrat nahm ohne Widerspruch das Ultimatum des Bürgerhaushaltsausschusses unter Führung von Silas Strawn an und ging die Verpflichtung ein, daß die städtischen Behörden mit diesem Ausschuss zusammenarbeiten werden. Unter dieser Bedingung werden Strawn und seine Kollegen 50 Millionen Dollars der Stadt Vorschüsse gewähren. Diese Bedingung bedeutet eine große Erleichterung für etwa 40 000 Angestellte der Stadt, die seit Weihnachten keine Gehälter und Löhne empfangen haben.

Die Unruhen in Niederländisch-Indien. Meldungen aus Niederländisch-Guinea zufolge sind kürzlich aus einem Konzentrationslager, in dem seinerzeit die Führer der kommunistischen Bewegung interniert wurden, mehrere Gruppen entflohen. Die meisten wurden zurückgebracht. Eine Gruppe scheint Britisch-Neuguinea erreicht zu haben.

Kleine Chronik

Zum Fall Meubörffer wird nun aus Kulmbach gemeldet, daß die Angaben der Arbeiter Schuberth und Popp, die sich bekanntlich selbst des Einseitigens in die Villa Meubörffers und des Nordes an dessen Frau beschuldigt hatten, nicht wahr sein können. Die beiden haben sich zu der in Frage kommenden Zeit an ganz anderen Orten befunden. Schuberth hat seine bisherigen Angaben bereits widerrufen. Er wollte mit der in Aussicht gestellten Belohnung für seine Familie sorgen. Auch Popp hat sein Geständnis widerrufen.

Bei einer Explosion auf der Lokomotive des D-Zuges Passau-Wien wurde der Lokomotivführer Janowski schwer verletzt. Er ist Donnerstag abend gestorben. Janowski war es trotz seiner Verletzungen gelungen, den Schnellzug zum Stehen zu bringen, und dadurch eine Katastrophe zu verhindern.

Kola Negri ist im Berliner Hotel „Adlon“ gefandert worden. Der Grund war ein Kontraktbruch gegenüber einem Berliner Film- und Theateragenten vor 5 Jahren. Kola Negri war nach Hollywood übergesiedelt, und der Agent konnte in Amerika gerichtlich nichts ausrichten.

Heute, Freitag, vormittag wurden, wie aus Jork (Lausitz) gemeldet wird, zwei Postbeamte auf dem Wege vom Bahnhof Triebel zur Stadt Triebel von zwei unbekannten Männern überfallen und mit Totschlägern bearbeitet. Die Postkade, die 10 000 M. Arbeitslohnunterstützungsgelder enthielten, wurden ihnen entzogen. Die Täter entliefen. Einer der Beamten ist schwer verletzt.

Zu einer Meldung, daß in einem Pariser Krankenhaus ein Mann verstorben sei, der einige Ähnlichkeit mit dem verschwundenen russischen General Antipow aufweise, wird mitgeteilt, daß eine Identität nicht in Frage komme. Es handelt sich um ein Opfer eines Autounfalles.

Zweite Operation des Präsidenten Rubio

WTB. Mexiko, 7. Febr. (Tel.) Präsident Rubio mußte sich Donnerstag demittag einer zweiten Operation unterziehen, die der Entfernung eines Knochenstümpfers aus dem Kiefer galt. Der Patient hat die Operation gut überstanden und die Ärzte bezeichnen sein Befinden als befriedigend; sie wollen aber nicht gestatten, daß irgendjemand sich mit ihm unterhält.

WTB. Berlin, 7. Febr. Der Reichspräsident hat dem Präsidenten von Mexiko anlässlich des Wählens des auf ihn verübten Attentates telegraphisch seine Glückwünsche ausgesprochen und der Hoffnung auf seine und seiner Familie baldige Genesung Ausdruck gegeben.

Kurze Nachrichten

Strefemannstraße in Berlin. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag der Deutschen Volkspartei, den Straßenzug Tiergarten-Vennestraße Strefemannstraße zu nennen, mit 109 gegen 101 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die bürgerlichen Mittelparteien und die Sozialdemokraten, dagegen die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Kommunisten.

Zurücknahme eines Strafantrages des Reichswehrministers. Der Reichswehrminister hat den Strafantrag gegen das „Mittwochabendblatt“ zurückgenommen. Das Blatt, das seinerzeit das Gericht verurteilt hatte, die Reichswehr stände in Verbindung mit den Bombenattentätern, hat zufriedenstellende Erklärungen in dieser Angelegenheit abgegeben.

Strafangelegenheit gegen Abel. Hiler hat nun gegen den im Berufungsprozeß Hiler-von Geseke, vernommenen Zeugen, den Journalisten Werner Abel, wegen Meinungsäußerung bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet und wegen Fluchtverdacht Abels Antrag auf dessen Verhaftung gestellt. In der Begründung der Anzeige werden Behauptungen Abels als demüütigend bezeichnet, insbesondere jene von Unterredungen Hilers mit italienischen Offizieren.

Ein österreichisch-italienischer Freundschafts- und Vergleichsvertrag wurde am Donnerstag in Rom durch Mussolini und Bundeskanzler Schuber unterzeichnet. Nach der Rückkehr Schubers nach Wien wird der Vertrag veröffentlicht werden.

„Schwab“ ist eine furchtbare Beleidigung. Im Straßburger Gemeinderat kam es bei einer Interpellationsdebatte der nationalsozialistischen Demokraten zu einem Zwischenfall. Der Demokrat Universitätsprofessor Staehling ließ sich hineinziehen, den Bürgermeister Hueber als einen „Schwab“ zu bezeichnen. Das rief einen wilden Tumult hervor, in den auch die ungewöhnlich zahlreichen Zuhörer eingriffen.

Nachwahl zum englischen Unterhaus. Im Sheffielder Stadtteil Brightside fand am Donnerstag eine Nachwahl zum Unterhaus statt, die durch die Verletzung der Verschwörung an das Mitglied der Arbeiterpartei Konjohy notwendig geworden war. Es wurde das Mitglied der Arbeiterpartei, Marshall, gewählt, und zwar mit einer Mehrheit von 2931 Stimmen. Bei den allgemeinen Wahlen hatte die Mehrheit Konjohys über 10 000 Stimmen betragen.

Verabschiedung der Arbeitszeit im englischen Bergbau. Das englische Unterhaus hat Artikel 9 der Gesetzesvorlage über den Kohlenbergbau, der eine Verabschiedung der Arbeitszeit von 8 auf 7 1/2 Stunden vorsieht, mit 295 gegen 198 Stimmen angenommen.

Gemeinderundschau

Erfolgreiche Bürgermeisterwahl. Auch die zweite Wahl des Bürgermeisters in Gagsfeld (bei Karlsruhe) ist resultatlos verlaufen, so daß eine dritte Wahl erforderlich ist.

Der Kostneubau in Lauda wurden nach langen Verhandlungen nunmehr genehmigt. Die Gemeinde erteilt das Kostengehäude mit Autoshalle mit einem Kostenaufwand von 123 000 Reichsmark. Mit der Oberpostdirektion wurde ein Erbbaurecht und Mietvertrag und mit der Wäbischen Beamtenbank ein Darlehens- und Bürgschaftsvertrag genehmigt. Lauda erhält vier Landkraftpostverordnungen und Selbstanschluß im Telefonverkehr.

Ablehnung einer Eingemeindung. Die Gemeinde Reders (Amt Mosbach) ist nicht genehmigt, sich nach Mosbach eingemeinden zu lassen, da das öffentliche Interesse der Landgemeinde Reders ein anderes sei als das der Stadt Mosbach.

Das Arbeitsamt Bruchsal-Bretten. Das Arbeitsamt Bruchsal-Bretten ist seit einigen Jahren im ehemaligen Hotel Post in Bruchsal untergebracht; nach Übergang der Arbeitsämter an das Reich wurde auch das Gebäude von der Stadt erworben. In den letzten Monaten ist dieses nun innen angedeutend umgebaut worden. Am Mittwoch fand eine Besichtigung durch die Vertreter von Behörden und Korporationen statt.

Die Sparanlagen bei der Sparkasse Freiburg betragen am 1. Februar 26,1 Millionen Reichsmark. Eingezahlt wurden im Januar 1,9 Millionen, zurückgehoben 1,3 Millionen Reichsmark. Im gleichen Zeitraum wurden 1115 neue Sparbücher ausgeföhrt.

Die Volksschule in St. Georgen (Schw.), die bisher noch als Halbtagschule geführt wurde, soll schrittweise in eine erweiterte Volksschule umgewandelt werden. Mit der 7. und 8. Klasse soll an Ostern der Anfang gemacht werden. Auch der Schulbetrieb an der Vorkerschule soll eine Änderung erfahren. Man will durch Einföhrung des Lateinunterrichts in Untertertia den reibungslosen Übergang der Schüler auf das Realgymnasium in Wiblingen ermöglichen. Der Lehrplan aller Klassen wird dem der Wiblinger Schulen angeglichen.

Krankenhausneubau in St. Blasien. Die Rohbauarbeiten am Fürst-Georg-Haus (neues Krankenhaus) in St. Blasien sind seit einiger Zeit beendet. Die im Gang befindlichen Innenarbeiten und die Installationen schreiten rasch vorwärts. Mit der Eröffnung des Hauses wird mit Beginn des kommenden Sommers gerechnet.

Der Kurort St. Blasien war im Jahre 1929 von 8677 Fremden besucht. Im Jahre 1928 sind es 137 Besucher weniger.

Der Bürgerauschuh Adolfszell stimmte der Annahme der Frau Malwine Schieber und Tochter Atele Finck-Schieber-Stiftung einstimmig zu. Mit den Mitteln dieser Stiftung — 130 000 M — und den weiter erforderlich werdenden städtischen Mitteln soll ein Wöchnerinnenheim mit Kinderkrippe erstellt werden, und zwar in Verbindung mit einem Ausbau des auf der Mettnauhalbinsel gelegenen Krankenhauses. Weiter wurde ein außerordentlicher Holzhaib von 8500 Festmeter genehmigt, dessen Erträgnis der Schuldentilgung und damit der Erleichterung des Zinsendienstes der Stadt dienen soll. Mehrere Erbbaurechtsverträge wurden abgeschlossen. Zur Förderung der Bautätigkeit im Jahre 1930 genehmigte der Bürgerauschuh eine Zinsverbilligung um 2,6 Proz. bis zum Betrage von 7000 M pro Wohnung und ferner die Errichtung von 4 Zweizimmerwohnungen und 2 Einzimmerwohnungen in einfacher Ausführung für die sogenannten aozialen Mieter.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(22. Sitzung.)

D3. Karlsruhe, 7. Februar.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf über die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln, ferner der Voranschlag für das Ministerium des Kultus und Unterrichts für 1930/31.

Der interfraktionelle Ausschuss für Leibesübungen und Jugendpflege teilt mit, daß er zu seinem Vorsitzenden den Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) gewählt hat.

Der Oberrat der Freizeiten und der Verband bad. Tischtennisvereine haben wegen des Schädens der Schlächtere Eingaben an den Landtag gerichtet.

Es kommt zunächst eine

Kurze Anfrage

der Freiburger Abgeordneten zur Erledigung. Die wenden sich gegen die Abfertigung der Reichsbahn, den neu einzulegenden Riviera-Expres nach Amsterdamm-Neapel bzw. Berlin in Freiburg nicht halten zu lassen. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe hat dem Finanzministerium geantwortet, daß die in Frage stehenden Fahrzeiten zu früher Morgenstunde für den Freiburger Verkehr kaum ins Gewicht fallen. Für die Bedürfnisse Freiburgs und seines Hinterlandes sei durch rasche tägliche Fernverbindungen hinreichend gesorgt. Der Nichtfall des Riviera-Expres in Freiburg bedeute keine wirtschaftliche Schädigung dieser Stadt. Für den Fall in Baden-Baden lägen die Verhältnisse günstiger. Unter diesen Umständen hält das Finanzministerium weitere Schritte in der Sache für aussichtslos.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Abg. Duffner im Auftrag der Zentrumsfraktion eine

Erklärung

worin die geistigen Angriffe des nationalsozialistischen Abg. Köhler auf Dr. Schofer und die Zentrumsfraktion entschieden zurückgewiesen werden. Es wird gegen die schwere Beleidigung des Zentrums, daß es über den Eid nicht stolpere, schärfstens protestiert und dem Abg. Köhler die Fähigkeit abgesprochen, die geschichtlichen Vorgänge der Nachkriegszeit zu beurteilen. Es geht nicht an, mit Gemeinplätzen die politische Ehre anderer zu vernichteln. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Die Aussprache über den

Etat des Ministeriums des Innern

wird darauf fortgesetzt.

Abg. Dr. Veers (Dem.) weist darauf hin, daß der Staat heute Aufgaben erfüllen muß, die man sehr wohl der Selbstverwaltung überlassen könne. Das preussische Verwaltungssystem sei dem unsrigen überlegen. Baden ist nach Ansicht des Redners einer schwachen preussischen Provinz gleichzusetzen. Man wolle den vollkommenen Bericht der Sparkommission abwarten. Was die Reichsreform betreffe, so müsse die Regierung Wert darauf legen, zu wissen, welches der badische Wille sei. Bis jetzt könne aber der Landtag die Stellung der Regierung nicht. Trotz des Ministerwechsels gehöre Dr. Remmele nach wie vor dem Landesrat an. Es gehe nicht an, daß die Regierung keine Stellung zu seinen Vorschlägen nimmt. Im übrigen sei es nicht ratsam, sich vornehmlich in diesen Dingen aufzuhalten. Der Redner warnt aber davor, eine neue Maximallinie aufzuzeichnen. Man dürfe nicht daran denken, Süddeutschland in Gegensatz zu Norddeutschland bringen zu dürfen. Baden möge in Sachen Reichsreform den richtigen Zeitpunkt nicht verpassen. Abg. Dr. Veers tritt dann für eine Änderung in der inneren Verwaltung ein. Auch in der Selbstverwaltung stimme manches nicht mehr. Wir hätten keine den Gemeinden übergeordnete Selbstverwaltungskörper, die arbeitsfähig seien, wenigstens bestimme für die Kreise und Bezirksräte keine allgütige Begeisterung. Auf die Dauer werde es dem leitenden Staatsbeamten eines Verwaltungsbezirks nicht möglich sein, große Aufgaben zu erfüllen. Der Staat könne auf einen gewissen Einfluß auf die Selbstverwaltung nicht verzichten. Es handle sich bei der Verwaltungsreform nicht um eine politische, sondern um eine organisatorische Aufgabe. Es bestehe kein grundsätzlicher Gegensatz zwischen Staats- und Selbstverwaltung.

Dem Minister brachten die Demokraten persönlich die größte Achtung und Vertrauen entgegen. Da aber die Befestigung des Ministerpostens aus nicht sachlichen Gründen erfolgt sei, lehne die demokratische Fraktion den Etat des Ministers und des Ministeriums ab. Der Redner findet es bei Besprechung von Einzelstücken schmerzlich, daß derzeit nicht möglich ist, in Reich ein neues Amtshaus zu errichten. Das wäre ein schöner Beweis der Gesinnung des Landes für das besetzte Gebiet gewesen, doch wolle man bei dieser Gelegenheit erneut die Teilnahme mit dem Schicksal der Stadt Reich zum Ausdruck bringen. Wir erwarten auch künftig tatkräftige Interessennahme des Reiches für die Belange des Grenzlandes.

Abg. Bod (Komm.) kritisiert, daß ein Drittel des Etats auf die Polizeiausgaben entfallen. Er bezeichne den Minister als „General der Bürgerarmee gegen die Arbeiterkraft“. Die Sozialpolitik sei bankrott.

Abg. Dr. Schmittknecht (D.Mit.) rückt die Staatsreform in den Vordergrund und wünscht, daß man den Anträgen seiner Partei in bezug auf die Zahl der Ministerien praktisch nähertritte. Die innere Verwaltung müsse vereinfacht werden; sie leide an der Überfülle der Aufgaben. Der Wechsel im Ministerium sei gut, denn es gehe nicht an, daß ein Herrfort jahrzehntelang zur Domäne ein und derselben Partei gehöre. Den Etat lehnen die Deutschnationalen aber ab, da die Regierung ihr Vertrauen nicht besitze. Der Redner setze sich für die Erhaltung des Berufsbeamtentums ein. Der sozialistische Staat werde vorbereitet durch eine sozialistische Kulturpolitik, beispielsweise in Preußen. Die Rede Dr. Remmeles sei geradezu eine Kriegserklärung gegen Württemberg. Die Regierung sei an den schlechten Beförderungsverhältnissen selbst schuld, durch das Hineinbringen nicht beruflich vorgebildeter Leute in das Beamtentum. Hier müsse ein Riegel vorgeschoben werden. Die Selbstverwaltung bestimme gar nicht mehr. Soweit bürde es nicht kommen, daß die Städte die Umlage erhöhen müssen; es sei denn, daß die Gesamtheit der Bürger und nicht nur eine schmale Schicht, zu den Steuern herangezogen wird. Die Bedürftigen müssen durch eine Sozialpolitik geschützt werden. Wir wollen aber keinen Wohlfahrtsstaat, sondern die Stärkung des Selbstverantwortungsgefühls. Nachdem sich die Regierung für den Hopfenzoll eingesetzt habe, möge sie fortfahren, auch für den Schutz der anderen bäuerlichen Produkte besorgt zu sein. Die Wohnungsmangelswirtschaft müsse man aufheben, sonst komme man aus der Wohnungsnot nicht heraus. Ist es nötig, daß Ortskrankenkassen und Sparkassen Kasernen hinrichten? Wir müssen unsere Ansprüche zurückschrauben. Die Polizei scheine häufig parteipolitisch eingestellt zu sein. Der Redner fordert von ihr unbedingte Neutralität. Er begründet zum Schluß den deutschnationalen Antrag auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Die Regierung sollte darüber ernsthafte Erwägungen anstellen. Die Jugend machte heute heran ohne innere Verbindung mit dem Staat.

Abg. Ewald (Ev. Volksp.) bekennt sich ebenfalls als Anhänger der Arbeitsdienstpflicht. Für die Wohnungsgelder sollten nicht immer Mietskasernen, sondern mehr Einzelhäuser gebaut werden. In den Ausgaben für die Polizei zu sparen, wäre falsch. Die Sonntagsgesetze müßten streng durchgeführt werden. Auch die Postbefreiung sollte Sonntag ruhen, Wirtschaften und Kinos am Vormittag geschlossen sein. In der Sparkommission sollten auch

die mittleren und unteren Beamten sitzen. Den Verwendungsbereich der weiblichen Polizeibeamten dürfe nicht zu sehr ausgedehnt werden.

Es folgt

die zweite Rednerreihe.

Abg. Feurich bespricht im Auftrag der Zentrumsfraktion die sozialen Belange. Er erinnert an die mißliche Lage der badischen Wirtschaft infolge der neuen Grenzziehung. Die Pflege der Wirtschaft sei und dürfe kein Schlagwort sein. Arbeitsbeschaffung soweit wie möglich sei das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Sorge für die Arbeitslosen sei in erster Linie Pflicht der gesamten privaten Wirtschaft. Man sehe eine ungeheure Zusammenballung der Industriebürokratie. Die Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen müsse erfolgen durch angemessene Entlohnung. Nicht erlahmen dürfe man in der Förderung des Wohnungsbaues. An der Sanierung des badischen Bauernstandes habe auch die Arbeiterfraktion ein lebhaftes Interesse. Die Agrarfrage sei gleichbedeutend auch vom Standpunkt des Konsumenten aus. Notwendig sei eine gemeinsame Front von Arbeitern, Bauern und Gewerbetreibenden gegen die Auswüchse des Großkapitalismus. Der Redner fährt fort, die Regierung möge gewissenhaft prüfen, ob nicht mit dem Insuf der uniformierten Organisationen endlich Schluß gemacht werden soll. Wenn nötig, müßten sie von Gesetzes wegen aufgehoben werden. Polizei und Reichswehr genügen zum Schutze des Staates und der Republik. Den Minister Wittenmann begleiten die besten Wünsche der Zentrumsfraktion auf seinem schwierigen verantwortungsvollen Amte. Dem Minister Dr. Remmele, der 9 Jahre das Innenministerium auf verwaltete, gebühre aufrichtiger Dank. Abg. Feurich wendet sich zum Schluß gegen die Kommunisten, wobei es im Hause zuweilen recht lebhaft zugeht.

Gegen 1 Uhr wird die Beratung abgebrochen. Nächste Sitzung nachmittags 1/4 4 Uhr.

Der Haushaltsausschuss

setzte am Donnerstag seine Beratung beim Kapitel „Soziale Fürsorge“ fort.

Ein sozialdemokratischer Redner wünscht die Aufhebung des Landesversicherungsamts, wozu der Minister erklärte, daß die Aufhebung des Landesversicherungsamts eine Verzögerung der Entscheidungen bis zur unerträglichen Dauer verursache. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter brachte Klagen über die Verschleppung von Entscheidungen bei einzelnen Oberversicherungsämtern, und empfiehlt eine Erhöhung der Beamtenschaft. Von Zentrumsseite wurde darauf hingewiesen, daß ähnliche Verzögerungen auch bei den Arbeitslosenversicherungsverfahren sich zeigten. Vertreter des Zentrums und der Deutschen Volkspartei beanstanden die Höhe der Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft gegenüber der gewählten Renten.

Beim Kapitel „Wohlfahrtspflege“ wurde auch die Frage der Übertragung von Fürsorgeaufgaben an Gemeinden berührt. Ein Zentrumsantrag will, daß die für die gemeinnützigen Anstalten angelegten Mittel nach der Wichtigkeit der Organisationen verteilt werden sollen. Der Minister betonte, daß gegenüber dem Frauenverein eine vertragliche Bindung vorliege.

Rechtspflegeausschuss

Die badische Regierung hat dem Landtag über die Verschuldung der badischen Landwirtschaft eine Denkschrift vorgelegt, die sich auf die Untersuchung in 37 badischen Gemeinden stützt, von denen bei 28 Gemeinden die Verschuldung als nicht befürwortend bezeichnet wird. Als Grund für die Verschuldung wird angeführt: Die hohen Zinssätze für Darlehen und das mangelhafte Einkommen der Landwirtschaft, sowie hohe Steuern, Soziallasten usw. Bemerkenswert ist, daß die Verschuldung im großen Maße auf die kleinen Betriebe entfällt.

Ein Zentrumsredner führte aus, daß das Geld heute flüssiger geworden sei, ohne daß man eine entsprechende Zinsberilligung wahrnehmen könne. Die Gemeinden könnten zum größten Teil bei einer Zinssenkung von nur 3 Prozent die Anlagen um etwa 83 Prozent herabsetzen. Von sozialistischer Seite wird eine ähnliche Denkschrift auch über die Verschuldung des Hausbesitzes angeregt. — Die Regierung ist bereit, jede nur mögliche Hilfe zu gewähren.

Schließlich fand ein Antrag bei einer Enthaltung des nationalsozialistischen Vertreters einstimmige Annahme, der die Regierung ersucht, den Gründen der Zinslasten entgegenzuwirken und eine Festsetzung von Höchstzinsen anzustreben.



Der Seniorchef

des Hauses H. & Co. ist mit seinen 79 Jahren noch von einer solchen geistigen Frische und körperlichen Rüstigkeit, daß er täglich bei allen wichtigen Entscheidungen selbst mitwirkt. Die Bürde des Alters ist ihm kaum fühlbar geworden. „Solange Arterien, Herz, Nerven und Nieren in Ordnung sind — pflegt er zu sagen — bleibe ich jung. Und da ich stets den koffeinfreien und unschädlichen Kaffee Hag trinke, vermeide ich es, diese wichtigsten Organe einfließen auszusetzen, die ihnen schaden könnten. Ich kann sogar abends meinen Mokka trinken, so schwarz ich ihn nur mag — aber Hag muß es sein!“

Der Land- und Forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband hält am Mittwoch, den 19. Februar 1930, vormittags, in Karlsruhe seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Die Versammlung gewinnt dadurch eine besondere Bedeutung, da mit ihr die Feier des zehnjährigen Bestehens des Verbandes verbunden ist.

Baden und Württemberg

Zu einer Meldung aus Stuttgart, betr. kleine Anfrage der Abgeordneten der Deutschen Volkspartei usw., im Württembergischen Landtag, über eine Äußerung des badischen Ministers Dr. Remmele in Godesheim, erklärt W.D. auf Anfrage, daß der Minister die Redewendung „Baden mit seinem größeren kulturellen Fortschritt dürfe nicht auf den Kulturstand Württembergs herabgedrückt werden“, nicht gebraucht habe. Er habe sich lediglich über den Standard der schulischen Einrichtungen in beiden Ländern ausgesprochen. Die Ausführung in den Blättern sei falsch.

Im Karlsruher „Volkstribüne“ erklärt Minister Dr. Remmele in einem Artikel u. a.: „Ohne mir ein Werturteil über Württemberg als Kulturland anzumessen, setze ich in Godesheim auseinander, daß die schulischen Verhältnisse in Baden weiter entwickelt seien als in Württemberg. In einem Fall zeigte sich sogar, daß wir uns etwas übernommen hätten.“

Der katholische Lehrerverein zur Ferienordnung

Auch der katholische Lehrerverein Badens hat sich mit den Fragen des Schuljahresbeginns und der Ferienordnung befaßt. In einer längeren Eingabe wurden die Ergebnisse der Beratungen dem Unterrichtsministerium überreicht.

In der Eingabe wird zu der Dauer der Sommerferien gesagt, für die ländlichen Volksschulen scheine im allgemeinen kein Bedürfnis vorzuliegen, die Sommerferien über vier Wochen auszudehnen. Für die Volksschulen in der Stadt seien sechs Wochen die richtige Zeitdauer, für die höheren Schulen seien sechs Wochen die untere Grenze der Sommerferien. Ein gemeinsamer Ferienbeginn sei nur möglich, wenn auch für das Land gesetzlich der Beginn und die Dauer der Sommerferien festgelegt werden. Für die Stadtschulen erscheine eine Vorverlegung der Sommerferien auf den 15. Juli außerordentlich erwünscht. Gemeinsam sei der Ferienbeginn aller Schulen der Stadt und des Landes vom 1. August bis 28. August bzw. vom 15. Juli bis 15. August.

Wenn die Sommerferien der Stadtschulen auf 15. Juli vorderlegt würden, so könnten die Pfingstferien in Wegfall kommen. Zur Vermeidung eines langen Winterinterims müßten vom 15. Oktober bis Allerheiligen noch Herbstferien eingeschoben werden. Der katholische Lehrerverein wünscht gleiche Dauer der Weihnachts- und Osterferien bei allen Schulen und, daß Schermitwoch, Allerheiligen und Allerheiligen aus religiösen Bedürfnissen heraus für schulfreie Tage erklärt werden. Was den Schuljahresbeginn anbelangt, so tritt der katholische Lehrerverein für die Beibehaltung des Osteranfangs ein.

Aus der Landeshauptstadt

Ein neues Roggenbrot. Die Karlsruher Bäckerinnung folgt nun dem Münchner Beispiel zur Förderung des Roggenbrotums. Sie will ab 8. Februar ein neues Vollkornbrot zum Verkauf bringen, das allen Anforderungen der heutigen Ernährungswissenschaft entspricht. Das Brot gelangt unter dem Namen „R 3 R-Vollkornbrot“ zum Verkauf und ist erkenntlich an einem Papierstreifen, der die Aufschrift „R 3 R-Vollkornbrot“ trägt und das deutsche Wappen zeigt. Es ist erhältlich in den Bäckereiläden von Karlsruhe und Vöhringen.

Beleidigungsprozess „Volkstribüne“ gegen „Badische Zeitung“. Die zweite Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe befaßte sich am Mittwoch mit einem Beleidigungsprozess, der über zwei Jahre alt ist. Es handelt sich um eine Äußerung der deutschnationalen „Badischen Zeitung“, der sozialdemokratische „Volkstribüne“ werde von Jakob Goldschmidt unterstützt, und der Berliner „Vorwärts“ bezöge 100 000 Reichsmark aus dieser Quelle. Das Gericht erkannte unter Aufhebung des freisprechenden Urteils des ersten Instanz wegen Beleidigung der Redakteure des „Volkstribüne“ und der Geschäftsführer Hartmeyer vom „Volkstribüne“ und Glode vom „Vorwärts“ in Tateinheit zu einer Geldstrafe von 300 Reichsmark und Tragung sämtlicher Kosten.

Badisches Landestheater. In der am Samstag, den 8. Februar, in Szene gehenden Neuenstudierung des Kleinsten Dramas „Das Rätseln von Heilbronn, oder Die Feuerprobe“ werden hier zum erstenmal Elisabeth Vertram die Titelrolle und Paul Hiel den „Grafen Bekker vom Strahl“ spielen. Neben ihnen sind neu in wichtigen Rollen die Damen Janz und Ziegler, sowie die Herren Brand, Graf, Just, Kloebe, Schulze und Brüter.

Kaffee Bauer. Heute, Freitag, finden zwei Sonderkonzerte der verstärkten Hauskapelle statt. Nachmittags spielt Albert Fischer Cellofolies von Giordani und Pierné, abends ist Operetten- und Schlagermusik. Im Musiksaal wird, wie jeden Freitag, einer der beliebtesten Tanzabende bei den Klängen der Kapelle Henry Schäfer veranstaltet. (Siehe die Anzeige.)

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Über Nordwesteuropa liegt jetzt ein kräftiges durch den Polarluftvorstoß gebildetes Hochdruckgebiet, das weit nach Süden herunterreicht und damit die Zufuhr maritimer Luft nach Mitteleuropa bis auf weiteres unterbindet. Das bisher über dem Festland gelegene Tiefdruckgebiet befindet sich nunmehr in der Hauptsache südlich der Alpen, so daß die für Kälteeinbrüche typische Druckverteilung entstanden ist, bei der Kaltluft in breitem Strom von Nordosteuropa nach dem Festland gegangen kam. Die Schneefälle der letzten Tage haben im Schwarzwald die Schneedecke bei anhaltendem leichtem Frost auf 20–40 Zentimeter in mittleren und 60–90 Zentimeter in hohen Lagen anwachsen lassen. Wetterausblick: Weitere Abkühlung, Niederschläge auch in der Ebene meist als Schnee, bei Temperaturen um 0 Grad und nördlichen Winden. Vorher noch keine Aufheiterung; in tiefen Lagen lokale Nebelbildung.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

| | 7. Februar | | 6. Februar | |
|-----------------------|------------|--------|------------|--------|
| | Geld | Beleg | Geld | Beleg |
| Amsterdam 100 G. | 167.80 | 168.14 | 167.80 | 168.14 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 111.83 | 112.05 | 111.85 | 112.07 |
| Italien . . . 100 L. | 21.88 | 21.92 | 21.89 | 21.93 |
| London . . . 1 Pf. | 20.342 | 20.382 | 20.344 | 20.384 |
| New York . . 1 D. | 4.1810 | 4.1896 | 4.1825 | 4.1905 |
| Paris . . . 100 Fr. | 16.385 | 16.425 | 16.395 | 16.435 |
| Schweiz . . . 100 Fr. | 80.72 | 80.88 | 80.735 | 80.895 |
| Wien 100 Schilling | 58.875 | 59.95 | 58.885 | 59.965 |
| Brag . . . 100 Kr. | 12.371 | 12.391 | 12.376 | 12.396 |

Zinsermäßigung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank) hat aus Anlaß der Herabsetzung des Reichsbankdiskontsatzes den Zinssatz für die von ihr ausgegebenen kurzfristigen Personalkredite mit Wirkung ab 5. Februar gleichfalls um 1/2 Proz. herabgesetzt.

Auch in New York Diskontermäßigung. Die New-Yorker Bundesreservebank hat ihren Diskontsatz von 4 1/2 auf 4 Prozent herabgesetzt. Der Diskontsatz von 4 1/2 Prozent war seit dem 15. November 1929 in Geltung. Außerdem hat auch die Bundesreservebank in Richmond ihren Diskontsatz herabgesetzt, und zwar von 5 auf 4 1/2 Prozent.

Zellstofffabrik Waldbach AG. Mannheim-Waldbach. Die Direktion der Gesellschaft dementiert die Nachricht, wonach die englische Gruppe Helbert, Bagg & Co. wegen der Übernahme eines weiteren Postens von 1 Mill. Reichsmark Wertungsaktien neuerdings in Verhandlungen gestanden habe oder stehe. Auch von einem Interesse des Kreuzer-Konzerns sei ihr nichts bekannt. Natürlich schließt das nicht aus, daß auf dem Wege über die Börse englische bzw. schwedische Käufe erfolgt sein könnten. Es verlautete jedenfalls an der Börse, daß die dem Kreuzer-Konzern nahestehende Union Bank in letzter Zeit Käufe in den Aktien getätigt haben sollte.

Schwarzwälder Handelskammer in Willingen. Nach einer amtlichen Bekanntmachung wird infolge der Zuteilung der Gemeinde Wärental zu dem Handelskammerbezirk Freiburg Ziffer 1 der Satzung der Schwarzwälder Handelskammer in Willingen wie folgt geändert: Für sämtliche Gemeinden des Kreises Willingen und des Amtsgerichts Neustadt, mit Ausnahme der Gemeinden Wärental, St. Wasien, Wasenwald, Häufeln, Krenzenschwand und Schluchsee, sowie für die Gemeinden Hornberg, Niederwasser und Reichenbach des Amtsbezirks Wolfach wird eine Handelskammer mit dem Sitz in Willingen gebildet.

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Heibelberg, 6. Febr. Im Alter von 79 Jahren, zwei Tage vor seinem goldenen Doktorjubiläum, starb in der chirurgischen Klinik der ordentl. Universitätsprofessor Geh. Rat Dr. Friedrich von Duhn. Der Verstorbene war ein Gelehrter von internationaler Bedeutung. Seit 1880 war er ordentlicher Professor in Heidelberg, 1911 Rektor der Universität. Italienische Kunst und Kultur im Altertum waren das Lieblingsgebiet seiner Forschung.

D.3. Buchen, 7. Febr. Die im Jahre 1822 gegründete Buchener Schützengilde kann in diesem Jahre auf die 100-jährige Wiederkehr der Verteilung ihrer Rechte zurückblicken. Aus diesem Anlaß soll in großzügiger Weise ein Fest vorbereitet werden, das mit einem Heimattag verbunden sein wird. Das Fest soll am Sonntag vor Pfingsten stattfinden.

D.3. Albrun, Amt Waldbach, 6. Febr. Nachdem schon im vorigen Jahre die Vermessung und Planung von 10 neuen Häusern für das Rheinstraßenwerk Albrun vorgenommen wurde,

ist man nunmehr an die Bauplanumlegungen und Anlage der neuen Straßen gegangen. Etwa 100 Arbeiter sind mit Fundamentarbeiten beschäftigt. Zur Errichtung des Kraftwerkes selbst sind ebenfalls die Vorarbeiten im Gange. Es wurden schon Probebohrungen vorgenommen. Mit dem Eintritt der günstigeren Witterung sollen die Bauten sofort in Angriff genommen werden.

D.3. Feilbergshof, 6. Febr. Die obere Feilbergstraße vom Gasthaus zum „Ablen“ in Wärental an aufwärts mußte infolge der ungunstigen Wegeverhältnisse durch den Schnee für den Kraftfahrzeugverkehr gesperrt werden.

D.3. Bettmaringen, 6. Febr. Der Hilfsausschuß für die Brandgeschädigten in Bettmaringen dankt allen denen, die in ihrer Hilfsbereitschaft und Liebestätigkeit für die durch den Brand schwer geschädigten Einwohner von Bettmaringen sorgten. Ihrer Hilfe sei es zu verdanken, daß die Versorgung der brandgeschädigten Einwohner mit dem Notwendigsten rasch und dem Umfang des Schadens entsprechend in recht erfreulichem Ausmaß erfolgen konnte. Die Geldspenden werden noch verteilt werden.

KAFFEE BAUER

Heute Freitag 16 Uhr nachmittags
ELITE-KONZERT

EINLAGE:
Caro mio ben } für Cello Giordani
Serenade } Pierné
Solist: Albert Pichner

Abends 20¹/₂ Uhr
Operetten- und Schlagerabend

IM RATSKELLER:
TANZ (bis 1 Uhr)
Kapelle: Henry Schäfer

Morgen Samstag, in sämtlichen Räumen
2. Großer Kostümball
Prämierung der besten Kostüme und Gruppen
R.160

Bezirkspartasse Schönau i. Schwarzwald
(Öffentliche Verbandskasse)
Bilanz auf 31. Dezember 1929

| Vermögen: | RM | Schulden: | RM |
|--|---------------------|---|---------------------|
| 1. Kassenbestand | 11 390,38 | 1. Spareinlagen | 1 200 015,48 |
| 2. Guthaben bei den Landesbanken, Banken und Postsparkassien | 161 416,26 | 2. Aufwertungsbehalten | 544 045,68 |
| 3. Wechsel | 23 044,50 | 3. Giroeinlagen | 221 477,75 |
| 4. Kontoforrentkredite | 263 481,38 | 4. Kontoforrentkreditoren | 13 577,25 |
| 5. Feste Hypothekendarlehen | 690 060,70 | 5. Anleihekapitalien (Anschaffungskredit) | 10 508,08 |
| 6. Gemeinbedarfeinlagen | 389 142,00 | 6. Reservefonds per Ende 1928 | 74 732,32 |
| 7. Schuldscheindarlehen | 54 338,20 | 7. Reingewinn 1929 | 84 889,24 |
| 8. Einlage beim Spar-Giroverband | 35 400,— | | |
| 9. Kapitalanlagen aus Sonderkreditmitteln | 10 536,37 | | |
| 10. Einnahmerückstände | 21 238,47 | | |
| 11. Aufwertungsforderungen | 408 011,60 | | |
| 12. Aufwertungsabrechnungsfonto | 31 154,94 | | |
| 13. Gerätschaften | 1,— | | |
| | 2 099 215,80 | | 2 099 215,80 |

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
6% aus 1929 116,— RM = 118 746,— RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 : : : = 109 591,66 RM
Schönau i. Schwarzwald, den 4. Februar 1930. D.130
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsführer:
Walter, Bürgermeister. Geger.

Die Bahnhofsverwaltung Ergingen wird neu vergeben. Auf Progenie vom Umfah (Hoheinnahme) lautende u. eine feste Mindestpacht zusichernde Pachtangebote sind mit Nachweisen über Befähigung, Reumund und Vermögensverhältnisse, mit Aufschluß „Pacht“ Bahnhofsverwaltung Ergingen, verschlossen, bis längstens 20. Febr. 1930, 10 Uhr, an das Reichsbahnbetriebsamt Konstanz einzureichen. Pächterwohnung vorhanden; ihr Mietwert ist im Pachtzins nicht inbegriffen. Pachtbedingungen können beim Reichsbahnbetriebsamt Konstanz eingesehen oder gegen 1 RM erhoben werden. Zuschlagsfrist 12 Tage. Bis zum Ablauf dieser Frist bleiben Bewerber an das Angebot gebunden. Freie Auswahl unter den Bewerbern oder die Zurückweisung sämtlicher Angebote vorbehalten. Persönliche Vorstellung bei der Reichsbahndirektion nur nach Aufforderung. Karlsruhe, 6. 2. 1930. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Reichsbahndirektion. Inserieren bringt Gewinn!

Während der Weißen Woche
10% Rabatt
auf alle Waren der Abt.
Wäsche • Korsetten • Damenartikel
Bis 30% Rabatt
auf sonstige zurückgesetzte Waren und Einzelstücke auch in der Schuhabteilung R.161
Reformhaus Neubert Karlstraße 29a

Unsere Vermählung zeigen wir an:
Amtsgerichtsrat
Heinz Karlowa
Sophie Luise Karlowa
geb. Dedekind
Braunschweig, den 4. Februar 1930. R.159

Württembergische Geldlotterie zugunsten der Kirche in Gailenkirchen.
Bei der am 24. Januar 1930 stattgefundenen Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei vermerkten Gewinnen gezogen:
A. Gewinne von 100 bis 5000 RM: 3064 (5000), 16687 (100), 24721 (100), 28812 (100), 33065 (100) und Prämie 1000), 44885 (500), 47371 (100). — B. Gewinne je 50 RM: 16215 16289 20050 20425 23891 34761 38420 40021 40596 49145. — C. Gewinne je 20 RM: 754 1864 2394 4068 4708 8117 12873 19889 19701 19904 16040 16501 18765 20280 20650 21795 22284 22887 23092 23087 23084 26777 28294 28294 40871. — D. Gewinne je 10 RM: 571 600 868 2135 5177 5960 9078 12875 13466 15923 18763 19215 16487 17009 18876 19408 21806 22051 24020 26315 30087 30738 37407 37877 30170 30235 30810 31673 31830 32304 33400 33990 33986 33885 33073 37300 38055 39358 40010 40025 41287 42410 42437 42424 47798 44406 46824 47894 48320 49147. — E. Gewinne je 5 RM: 263 306 488 487 1461 1479 1556 2050 3188 3276 3292 3488 3788 4154 5714 5772 6257 7215 8075 8132 8020 8022 9156 9201 10512 10505 10981 12805 18008 18965 14155 14956 14857 16368 17157 17818 18848 18837 18740 19763 19848 20179 21474 21904 22178 22475 22857 22848 22745 24476 24528 24704 26070 26857 26817 27373 27378 28560 28857 28910 24652 29571 30179 31187 31988 33088 33876 33688 34317 34788 34967 35625 36879 38579 36945 37838 36179 38220 39010 40723 42735 40994 41649 43088 43714 43739 44257 44450 44839 45076 42910 47119 47249 48151 48175 48527 48559 48564 48882 49050. — Sämtliche Nummern mit nachstehenden Gewinnen gewonnen je 2 RM: 687 088 109 119 123 136 154 191 206 226 374 379 428 448 463 519 548 584 606 616 676 745 757 776 815 829 854 874 907 909 916 929 967 989 978. — Ferner gewonnen folgende Nummern je 2 RM: 11899 30160 34957 38570 43497 48200 49706. Die Auszahlung erfolgt durch
Eberhard Jeger, Karlsruhe i. S., Kreuzstraße 28

Badische Lichtspiele
Konzerthaus
Freitag, 7., bis Donnerstag, 13. Febr., jeweils 20.30 Uhr. Sonntag, 9. Febr., nur 16 Uhr

Erstaufführung
Rosen blühen auf d. Heidegras
Ein Lied von Vaterlands- und Menschenliebe in schwerer Zeit
Beiprogramm R.144
Musikbegleitung
Jugendliche haben Zutritt
Kartenvorverkauf:
Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr. u. im Büro, Klauprechtstr. 1

D.127. Karlsruhe. An Stelle des Herrn Rechtsanwalts Dr. Ziegler, hier, wurde Herr Bankdirektor a. D. und kaufm. Sachverständiger Jakob Reinhardt, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4, zum Konkursverwalter bestellt. Karlsruhe, 4. 2. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

D.128. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. W. F. Pfeiffer, Inh. Karl Pfeiffer in Karlsruhe, Augartenstraße 75, ist zur Prüfung nachträglich angegebener Forderungen der

Grundstückszwangsversteigerung
Am Zwangswege versteigert das Notariat am Donnerstag, 27. März 1930, vormittags 9 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstr. 184, 2. Stock, Zimmer Nr. 13, das Hausgrundstück — Hardtstraße Nr. 45 b — des Fabrikanten Alfred Meng in Karlsruhe.
Die Versteigerung wurde am 14. Januar 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 14. Januar 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers u. nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einwilligen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstands.
Grundstücksbesitzer:
Lgd. Nr. 5088: 5,73 a Hofreite — Hardtstr. 45 b — der Gemarlung Karlsruhe.
Auf der Hofreite steht:
a) 1 dreiflügeliges Wohnhaus mit Schienenfeller u. Knieholz,
b) eine einflügelige Werkstätte,
c) ein einflügeliges Giebereigebäude,
d) ein einflügeliger Holzschopf,
e) eine einflügelige Werkstätte an b) und c) angebaut. Schätzungspreis ohne Zubehör: 88 000 RM, und mit Zubehör 88 000 RM. Karlsruhe, 5. 2. 1930. Bad. Notariat V.

Badisches Landestheater
Samstag, 8. Februar 1930
* E 14. Th.-Gem. 351—400 und 1001—1100
Neu einstudiert:
Das Kästchen von Heildorn
oder:
Die Feuerprobe
Großes historisches Ritterstück von Kleist
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Bertram, Emmerich, Traudendorfer, Genter, Ziegler, Bauer, Gebeßen, Janz, Kallab, Seiling, Brand, Gemmede, Graf, Herz, Dietrich, Höder, Just, Kloebe, O. Kienischer, Kubue, Landgrebe, Rehner, Müller, Brüder, Schneider, Schulze, v. d. Trend, Geier, Grimm, Altan, S. Kienischer, Kleinbusch, Rühler, Meyer, Nagel.
Anfang 19¹/₂. Ende 22¹/₂. Preise A (0,70—5 RM)

So, 9. Febr.: Nachmittags:
Hänfel und Gretel.
Herauf: **Tanzsuite.**
Abends: Zum erstenmal:
Die Brigganten. Im Konjunktivhaus: ... Vater sein dagegen sehr.
Mo, 10. Febr.:
6. Sinfoniekonzert.

Ruhholzersteigerung
des bad. Forstamts Durlach, am Dienstag, dem 18. Februar 1930, vormittags 10 Uhr, im Gasthaus „Zur Blume“ in Durlach aus dem Staatswald Rittmatt, Hundstangen, Hofsberg und Schloßberg.
Eichen, I.—V. St., 143 fm; Buchen, I.—V. St., 204 fm (davon 30 fm Schwellenholz); Pappel, III. u. IV. St., 14 fm; Ahorn, Kastanie, Kirschenbaum, III. u. IV. St., 3 fm; Forlen I.—IV. St., 192 fm (s. L. Glatzerholz); Lärchen, II.—VI. St., 5 fm; Fichten, II.—IV. St., 82 im (Losbergsamts) durch das Forstamt). D.129

COLOSSEUM
Täglich 8 Uhr
Sonntags 3¹/₂ und 8 Uhr
Das Mädel vom Broadway

PORPHYRWERK DOSENHEIM
HANS VATER
DOSENHEIM A. G. READING
LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES
STRASSENBAU-MATERIAL